

2.2.7. Staatsfeindlicher Menschenhandel und andere Angriffe gegen die Staatsgrenze

Von den Untersuchungsabteilungen des MfS wurden im Berichts-
zeitraum Ermittlungsverfahren eingeleitet bzw. zur weiteren
Bearbeitung übernommen gegen

- | | | |
|-----|--------------------|--|
| 816 | (596) ⁺ | DDR-Bürger, die beabsichtigten, ungesetzlich die DDR zu verlassen; |
| 22 | (27) | Agenten krimineller Menschenhändlerbanden; |
| 23 | (17) | andere Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, welche die Ausschleusung von DDR-Bürgern betrieben; |
| 53 | (49) | DDR-Bürger, die bei Angriffen gegen die Staatsgrenze Unterstützung leisteten; |
| 43 | (46) | Personen, die von der BRD oder Westberlin aus widerrechtlich in das Staatsgebiet der DDR eingedrungen waren bzw. die Bestimmungen des Transits oder des Aufenthaltes in der DDR verletzt hatten. |

Von den 816 DDR-Bürgern, die ungesetzlich die DDR zu verlassen beabsichtigten, unterhielten

- | | | |
|------------|----------|--|
| <u>79</u> | (62) | Verbindung zu kriminellen Menschenhändler- |
| 9,7 % | (10,4 %) | banden; |
| <u>139</u> | (68) | Verbindung zu staatlichen Einrichtungen und |
| 17,0 % | (11,4 %) | Personen in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, die ihre Ausschleusung organisierten oder in anderer Weise Unterstützung gaben. |

Die erzielten Untersuchungsergebnisse zu Aktivitäten krimineller Menschenhändlerbanden lassen die Anstrengungen des Gegners erkennen,

- den staatsfeindlichen Menschenhandel unter Mißbrauch völkerrechtlicher Verträge und Vereinbarungen weiter zu forcieren;

+ Klammerzahl: Vergleichszahlen Januar bis September 1979